

## Antrag zum Landesrat „Kampagne Bürgergeld und Wohngeld“

Antragssteller:innen: DIE LINKE. Rhein-Erft, DIE LINKE. Recklinghausen, DIE LINKE. Heinsberg, DIE LINKE. Neuss, DIE LINKE. Märkischer Kreis, DIE LINKE. LAG Weg mit Hartz IV, Thomas Bock (DIE LINKE Olpe) Marcel D. Nowitzki (DIE LINKE. Düsseldorf), Matthias W. Birkwald MdB (DIE LINKE. Köln)

### Beschlussentwurf:

Der Landesrat möge beschließen:

1. Der Landesvorstand wird zur Erstellung, Begleitung und Durchführung einer Kampagne in Absprache mit den Kreisverbänden, den zuständigen Landesarbeitsgemeinschaften und der Bundespartei mit den Schwerpunkten Bürgergeld und Wohngeld aufgefordert.
2. Das Hauptziel der Kampagne liegt darin einerseits über linke Kritik an Bürgergeld und Wohngeldreform aufzuklären, andererseits über Ansprüche auf Bürgergeld und Wohngeld zu informieren.
3. Der Landesvorstand produziert in ausreichendem Maße Druckerzeugnisse und Social Media Vorlagen für Aktionen in den Kreisverbänden.
4. Für die Erstellung und Durchführung der Kampagne werden 10.000 Euro im Haushalt des Landesverbandes für 2023 bereitgestellt.

### Begründung:

Für DIE LINKE ist und bleibt die soziale Frage zentral. Ziel muss es sein in aktuellen sozialpolitischen Auseinandersetzungen an Profil zu gewinnen und im Diskurs wieder wahrnehmbar zu werden. Die Ampel hat im vergangenen Jahr zwei ihrer zentralen sozialpolitischen Reformvorhaben umgesetzt: Das Bürgergeld und die Wohngeldreform. Während die Bürgergeldreform ihren Namen nicht verdient hat und im Kern Hartz IV bleibt, so ist – auch aus linker Perspektive – die Verdreifachung der Anspruchsberechtigten beim Wohngeld positiv zu bewerten, auch wenn sie längst nicht weitgehend genug ist. Ziel einer Kampagne im ersten Schritt müsste es sein, linke Kritik an der Bürgergeld- und Wohngeldreform zu formulieren, diese greifbar und verständlich zu machen und gleichzeitig die eigenen Alternativen zu propagieren.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Verknüpfung mit unseren Sozialberatungsstrukturen vor Ort. Ein zentrales Anliegen einer Kampagne zum Bürger- und Wohngeld müsste die Aufklärung über mögliche Ansprüche und Hilfsstrukturen bei der Durchsetzung dieser Ansprüche sein. Dabei sollte insbesondere darauf eingegangen werden, dass Jobcenter und Wohngeldstellen in den Kommunen personell überlastet sind, es aber dennoch die Möglichkeit gibt bspw. Vorschuss zu beantragen. Vor allem Wohngeldstellen werden mit der Verdreifachung der Antragsberechtigten aber ohne neues Personal nur schwer zurechtzukommen, weshalb sich hier auch die Forderungen nach einer besseren Ausstattung der Kommunen integrieren ließe.

Zuletzt ist zu sagen, dass eine Kampagne zu Bürger- und Wohngeld zur Einigung der Landespartei beitragen könnte. Trotz aller Differenzen herrscht bei der Ablehnung des Bürgergeldes und den linken Alternativen wie sanktionsfreie Mindestsicherung große Einigkeit über alle Strömungsgrenzen hinweg.